

Wir werden in aller Kürze das nächste Gespräch führen. Der Ministerpräsident und die Staatsregierung werden alle Anstrengungen unternehmen, um eine regional verträgliche Lösung zu erreichen und die Belastungen für die betroffenen Menschen so gering wie möglich zu halten. Wir werden die Firma Siemens nicht aus ihrer Verantwortung für den Standort Bad Neustadt entlassen.

(Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich dies abschließend sagen: Natürlich sehen wir den Antrag, den wir jetzt beschließen werden, als Unterstützung für unsere Bemühungen. Aber ich bedauere es sehr, dass die Opposition wieder dem Versuch erlegen ist zu behaupten, es sei versucht worden zwischen Leuten, die sich für Arbeitsplätze einsetzen, und Leuten, die sich nicht dafür einsetzen zu unterscheiden, anstatt erneut deutlich zu machen, dass es in dieser schweren Wirtschaftskrise, die wir uns doch alle nicht ausgesucht haben, ein gemeinsames Bemühen geben muss, zu guten Lösungen für alle Menschen in unserem Land zu kommen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Herr Staatsminister.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag, Drucksache 16/4456, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich mache die Gegenprobe! - Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag einstimmig angenommen.

(Beifall der Abgeordneten Tanja Schweiger (FW) - Dr. Thomas Beyer (SPD): Es muss Gründe gegeben haben!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/4458 und 16/4459 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Das ist, soweit ich weiß, die Übereinkunft.

(Prof. Dr. Georg Barfuß (FDP): Ist denn heute schon Pfingsten?)

- Noch nicht ganz, Herr Kollege Barfuß.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, gebe ich das Wahlergebnis der unter Tagesordnungspunkt 9 durchgeführten Richterwahl bekannt. An der Wahl haben 151

Abgeordnete teilgenommen, es war kein Stimmzettel ungültig. Auf Herrn Werndl entfielen 129 Stimmen, es gab keine Nein-Stimmen, der Stimme enthalten haben sich 22 Abgeordnete.

Ich stelle fest, dass der Bayerische Landtag Herrn Werndl zum berufsrichterlichen Mitglied des Verfassungsgerichtshofs gewählt hat. Ich gratuliere Ihnen. Punkt 9 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 11 bis 15 auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
EEG-Vergütungssätze für PV-Strom harmonisch anpassen (Drs. 16/3254)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Renate Dodell, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),  
Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Dr. Andreas Fischer u. a. und Fraktion (FDP)  
Vertrauensschutz bei der Absenkung der Einspeisevergütung nach dem EEG (Drs. 16/3273)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FW)  
EEG-Förderung für Photovoltaik und Planungssicherheit im Jahr 2010 erhalten (Drs. 16/3277)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Ludwig Wörner, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD)  
Vergütungssätze für solare Strahlungsenergie im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beibehalten (Drs. 16/3427)**

und

**Antrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Karsten Klein u. a. und Fraktion (FDP),  
Albert Füracker, Tobias Reiß, Erwin Huber u. a. (CSU)**

### EEG-Vergütungspflicht für Freiflächen-Photovoltaikanlagen anpassen (Drs. 16/3444)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion vereinbart.

Erster Redner ist Kollege Hartmann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Man kann es eigentlich relativ kurz machen. Anfang des Jahres ist in diesem Land eine Debatte über die Höhe der Einspeisevergütungen für PV-Anlagen ausgebrochen. Diese Debatte ist so ähnlich geführt worden wie jene über die Zahlen zum Atomausstieg. Das wurde eine reine Hü-und-hott-Politik: Erst wollte man zum 1. April um 15 % kürzen, dann wurde die Maßnahme auf den 1. Juni verschoben und auf 16 % erhöht, letztlich sollte die Kürzung dann zum 1. Juli erfolgen.

Gleich vorweg: Wir haben nichts gegen eine einmalige Sonderkürzung bei der Einspeisevergütung. Das ist für uns klar, und zwar aus folgendem Grund: Das EEG hatte immer das Ziel, Solarstrom wettbewerbsfähiger und günstiger zu machen. Diesem Ziel sind wir wesentlich näher, als wir es uns im Jahr 2000 vorgestellt haben und je zu träumen gewagt hatten. Das EEG ist also erfolgreicher als geplant.

Aber die Stichtagsregelung mit einer Kürzung von 16 % ist uns ein massiver Dorn im Auge, vor allem aber auch dem bayerischen Mittelstand, der mit seinen Handwerksbetrieben stark in dieser Branche tätig ist. Sie führt eigentlich nur zu Marktverwerfungen. Aktuell hören wir Klagen von vielen Handwerksbetrieben, die im wahrsten Sinn des Wortes gar nicht mehr vom Dach herunterkommen, weil sie, solange noch die höhere Vergütung gilt, neue Anlagen installieren. Das führt bereits jetzt dazu, dass zum Beispiel Wechselrichter zurzeit kaum noch zu bekommen sind und man extrem hohe Preise für sie zahlen muss. Das ist eine reine Marktverwerfung, die eigentlich von keinem gewünscht wird.

Wir haben deshalb in unserem Antrag vorgeschlagen, dass man diese Sonderkürzung über zwölf Monate streckt, das heißt jeden Monat um 1,35 % Sonderkürzung. Eine Anlage, die zum Beispiel im August ans Netz geht, bekommt dann 1,35 % weniger, eine Anlage im September noch einmal 1,35 % weniger. Über zwölf Monate haben wir die gleiche Kürzung erreicht, aber wir haben den Druck von den Handwerksbetrieben genommen, die Anlagen zum Stichtag fertig zu bekommen.

Es geht auch nicht nur um den Handwerker, sondern auch darum, dass die Anlagen durch die Versorger vor

Ort ans Netz angeschlossen werden müssen. Wenn sie es nicht schaffen oder auch der Handwerker vor Ort es zum Stichtag nicht schafft, wird dem Eigner am nächsten Tag gesagt, er bekommt zwanzig Jahre lang 16 % weniger Einspeisevergütung. Das kann nicht funktionieren. Es führt auch dazu - das habe ich vorhin kurz erwähnt -, dass die Auftragsbücher bis zum Stichtag abnormal voll sind und nachher herrscht Flaute. Das kann doch nicht in irgendjemandes Interesse sein.

Deshalb ist für uns klar: Es darf zu einer Sonderkürzung kommen, aber sie muss in Stufen erfolgen, damit es nicht zu Marktverwerfungen kommt. Zwar sitzen in Bayern nicht die großen PV-Anlagenhersteller, aber wir haben circa 11.000 Handwerker, die im Bereich PV-Anlagen tätig sind. Für diese Handwerker ist diese Stichtagsregelung eine Katastrophe. Ich finde, darauf sollte man aus bayerischer Sicht achten. Der Ministerpräsident hat vor einigen Wochen sein Augenmerk auf die PV-Industrie und die Handwerksbetriebe gerichtet. Man sollte so ehrlich sein, nach Berlin zu gehen und sich über eine Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass die Kürzung in Stufen erfolgt. Ob es dann wirklich monatlich sein muss oder ob es auch quartalsweise geht, kann offen bleiben. Aber das Ziel muss klar sein: Es muss effektiv gekürzt werden, es darf keine Stichtagsregelung mit 16 % geben. Es folgt doch bereits zum Jahresende die nächste große Kürzung.

Dabei sollten Sie alle eines nicht vergessen: Als das EEG auf den Weg gebracht worden ist, hat man gesagt, dass es Kürzungen von höchstens 5 % bei einer Stichtagsregelung geben wird. Wenn man starke Kürzungen vornehmen will, müsste man also von *einem* Stichtag wegkommen, und sie, wie gesagt, über zwölf Monate verteilen. Damit würde den bayerischen Handwerkern die nötige Sicherheit gegeben, und wir würden nicht eine Auftragsdelle riskieren, wie das bei den aktuellen Diskussionen der Fall ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön. - Der nächste Redner auf der Liste ist Kollege Reiß für die CSU. Bitte schön.

**Tobias Reiß (CSU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Hartmann, wir sind uns dahin gehend einig, dass es in diesem Jahr eine Sonderkürzung geben soll. Die Frage ist tatsächlich, in welcher Form sie stattfinden kann. Ich halte grundsätzlich nichts davon, jetzt eine Senkung in zwölf Monatschritten durchzuführen. Dadurch würde es nämlich zu einer großen Bürokratisierung der Vergütung kommen: Wir hätten dann für 20 Jahre zwölf verschiedene Einspeisetarife. Das kann auch nicht im Sinne des Erfinders sein.

Ungeachtet dessen wissen wir, dass noch Gespräche stattfinden und dass es weitere Verhandlungen darüber gibt, inwieweit die Höhe der Reduzierung bei 15 oder 16 % bleiben soll. Es gibt die Entschließung des Bundesrates, hierbei nur auf 10 % zu gehen. Da gibt es sicherlich noch Beratungsbedarf auch mit der Branche und den Betroffenen. Aber die Handwerksbetriebe und die Branche an sich haben sich, denke ich, durchaus darauf einstellen können, dass die Kürzung kommt. Die Branche selbst ist ja auch darin mit uns einig, dass es zu einer Korrektur kommen muss. Ob das dann in mehreren Schritten stattfindet oder ob man möglicherweise den Stichtag noch einmal vom 1. Juli auf den 1. Oktober verschiebt, sollte die Beratung erbringen.

Was die weiteren Anträge anbelangt, die heute zur Debatte stehen, sprechen wir uns dafür aus, dass die Ackerflächen in der Förderung bleiben, dass aber auch die Grünflächen und weitere Flächen gefördert werden, um den Druck von der Ackerfläche zu nehmen. Auch hierzu gibt es noch Vorschläge, wie wir beispielsweise bei den Gemeinden mehr Eigenverantwortung zulassen können und beispielsweise sagen, die Gemeinde kann über die Bebauungsplanung eigenverantwortlich entscheiden, wo, in welcher Form und in welcher Massivität Anlagen vor Ort zugelassen werden. Daher werden wir bei der Abstimmung jeweils dem Votum aus dem Wirtschaftsausschuss folgen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Danke schön. Die nächste Wortmeldung: Kollege Dr. Fahn für die Freien Wähler. Bitte schön.

**Dr. Hans Jürgen Fahn (FW):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Antrag der CSU geht es darum, die Vergütungsfrist für Freiflächen anzupassen, um den Druck von den Ackerflächen zu nehmen. Wir haben einen ähnlichen Antrag gestellt. Der Antrag ist in den entsprechenden Ausschüssen einstimmig angenommen worden. Daher stimmen wir dem Antrag der CSU zu. Das ist klar.

Im zweiten Antrag geht es um die Kürzungen der Vergütungssätze. Auch wir sagen - das gleich als Einstieg -, dass nach dem Preisverfall für die Solarmodule im vergangenen Jahr klar war, dass eine Kürzung kommen muss und dass die Förderung angepasst werden muss.

Aber die neue Bundesregierung - und das haben wir natürlich auch vernommen -, hat nach der Bundestagswahl die Axt hier schon einmal angelegt. Es geht doch nicht um diese 15 oder 16 %. Wenn man alles zusammenzählt, was zum 1. Januar 2010 gekommen ist und was im Jahr 2011 noch kommen soll, dann sind das insgesamt 30 %. Das haben wir auch bei den Gesprä-

chen gemerkt. 30 % sind ein sehr hoher Wert. Solche Einnahmeverluste kann keine Branche schadlos überstehen.

Die Bundesregierung hat gesagt, dass zunächst die Ackerflächen aus der Förderung herausgenommen werden sollen. Deswegen ist es wichtig, dass dieser Antrag aus Bayern angenommen wird und dass das nicht so gemacht wird, wie jetzt von der Bundesregierung vorgeschlagen.

Die Mittel für die Photovoltaikforschung werden vom Bundesumweltministerium leider gekürzt. Sie sollen nämlich für 2010 nur noch 28 Millionen Euro betragen. Das sind 4,5 Millionen Euro weniger als 2009. Außerdem droht noch ein Förderschok für die Gewinnung erneuerbarer Wärme.

Auf der anderen Seite hat die Koalition gemerkt, dass sich 40 % aller deutschen Solaranlagen in Bayern befinden und dass die geplanten drastischen Kürzungen Bayern am meisten schaden. Deshalb lauteten Pressemitteilungen: Es droht ein Sonnenuntergang im Lande des Solarweltmeisters. - Solche Befürchtungen sind nicht von der Hand zu weisen. Insbesondere mittelständische Unternehmen sind massiv betroffen, müssen Arbeitsplätze abbauen und leben in großer Unsicherheit vor dem, was kommt. Das betrifft auch große Firmen in Bayern, wie zum Beispiel Schott Solar in Alzenau. Dort fürchtet man um 600 Arbeitsplätze und hat auch schon Kurzarbeit angemeldet.

Außerdem kommen zunehmend Wettbewerber aus China auf den deutschen Markt, obwohl jeder weiß, dass in Asien die Umwelt- und Sozialstandards völlig unzureichend sind. Deswegen meinen wir, dass die von der Bundesregierung zum 1. Juli 2010 verordneten Kürzungen zu drastisch sind.

Dann wurden von den Oppositionsparteien im Bayerischen Landtag entsprechende Anträge gestellt. Das Ergebnis: Ablehnung. Die Koalition lehnte ab. Aber was macht Ministerpräsident Seehofer? - Das hat uns dann so auf die Palme gebracht. Das muss ich sagen. Bei der Eröffnung der Handwerksmesse am 3. März geißelte Ministerpräsident Seehofer die geplanten Kürzungen der Bundesregierung als falsche Entscheidung, die zu schweren Marktverwerfungen führen könne. Das ist zwar von der Sache her richtig, aber im Prinzip ist es doch gnadenloser Populismus. Als wir nämlich einen entsprechenden Antrag stellten, wurde er von der Regierungskoalition im Umweltausschuss usw. abgelehnt. Das verstehen die Bürger nicht.

Dann werden in verschiedenen Zeitungen Leserbriefe veröffentlicht. Ich zitiere aus einem Leserbrief: Auf dem nächsten Wahlzettel platzieren wir auf Listenplatz 1 die CSU, die Christlich Soziale Union, und auf Listenplatz

2 die CSU, Christlich-Schizophrene-Union. - Mit anderen Worten - und das war dann die Schlagzeile -: Die CSU ist im Moment Regierung und Opposition zugleich.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

- Das ist eben das Problem, das der Bürger nicht versteht.

Aber - und damit komme ich dann auch zum Schluss -, es ist noch nicht zu spät, meine Damen und Herren. Das entsprechende Gesetz wird nämlich im Bundestag beschlossen und soll am 1. Juli 2010 in Kraft treten. Am 21. April gibt es noch eine Anhörung im Umweltausschuss des Bundestages, und am 7. Mai finden die Erste und Zweite Lesung im Bundestag statt. Daher greift der Antrag der Koalition zu kurz, meine Damen und Herren.

Die Freien Wähler wollen keinen Sonnenuntergang im Land des Weltmeisters und keine abrupte Kürzungspolitik. Wir wollen eine harmonische Anpassung der Vergütungssätze. Deswegen werden wir in einem Punkt von unserem Abstimmungsverhalten im Wirtschaftsausschuss und im Umweltausschuss abweichen. Wir werden den Antrag der CSU nicht unterstützen. Wir werden ihn ablehnen. Den Anträgen der anderen Parteien werden wir zustimmen.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Vielen Dank, Kollege Dr. Fahn. - Jetzt spricht Kollege Wörner für die SPD. Bitte.

**Ludwig Wörner (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wenn Sie heute unserem Antrag zustimmen, beenden Sie eine unsägliche industriepolitische Geisterfahrt der letzten acht Monate.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie hier in der bayerischen Industrie und bei den bayerischen Menschen angerichtet haben, ist unglaublich. Man muss sich das einmal von der Geschichte her vorstellen - in diesem Fall meine ich nicht Sie, Herr Minister Zeil, aber die CSU -: Erst hat man das Ganze verteufelt, denn es kam ja von Rot-Grün.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

- Ja, Sie auch, Herr Sinner. Sie haben im Umweltausschuss damals dagegen votiert. Daran kann ich mich noch gut erinnern. Darauf brauchen Sie gar nicht stolz zu sein. Weil die bayerische Bevölkerung klüger war als Sie und bei den Vergünstigungen über das EEG, das von Rot-Grün geschaffen wurde, zugegriffen hat, haben Sie das anschließend als großen Erfolg gefeiert, als Ihren Erfolg.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Sinner (CSU))

Plötzlich haben Sie dieses Gesetz gelobt. Und dann wollen Sie sagen, Sie machen Energiepolitik oder Mittelstandspolitik. Die ist in Bayern noch viel schlimmer. Sie ruinieren mit Ihrem Hin und Her den Mittelstand in Bayern. Sie schädigen das Handwerk und machen Arbeitsplätze kaputt.

(Beifall bei der SPD)

Das sagt Ihnen jeder, der dort beschäftigt ist.

Meine Damen und Herren, wer so handelt und dann beklagt, wie er in Sachen Siemens im Regen stehen gelassen wird, der tut mir leid: Sie selbst verunsichern Industriepolitik und Menschen und machen Politik ein Stück weit unglaubwürdig, weil nicht mehr berechenbar. Sie wissen genau, dass das EEG in den nächsten Jahren ohnehin in neun Prozentstufen abgesenkt wird. Genügt Ihnen das nicht? - Das bedeutet eine Absenkung um 18 %. Sie setzen erst einmal einen drauf und dann werden Sie furchtbar feige, weil Sie Prügel von den Verbänden kriegen.

Ich sage Ihnen mit Stolz: Wir haben das Richtige gemacht. Wir stehen zu unserem Gesetz. Das Gesetz hat die Absenkung impliziert. Da kann nichts passieren. Das ist der einzig richtige Weg, der Politik zuverlässig und glaubwürdig macht. Deswegen werben wir weiterhin für unseren Antrag, weil wir glauben, das ist der einzige Weg, um das Vertrauen wieder herzustellen, das Sie massiv zerstört haben.

Bayerns Bevölkerung hat bewiesen, dass sie intelligent und klug genug ist, einen Weg in die Zukunft zu gehen, die kernenergiefrei ist. Ich möchte gar nicht erst darüber reden, was heute zum Thema Endlager gesagt worden ist. Sie haben offensichtlich keine Ahnung, was Laufzeitverlängerung bedeutet. Aber das ist im Moment nicht das Thema. Ich sage Ihnen nur: Sitzen Sie nicht jenen auf, die Ihnen das Märchen erzählen, wie teuer Strom durch regenerative Energien wird. 6 % sind es, meine Damen und Herren, und keinen Cent mehr. Das bedeutet für einen bayerischen Haushalt: 60 Euro pro Jahr. Das ist es den Menschen offensichtlich auch wert.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

- Nein, eben nicht. Weil unsere Absenkung um 9 % im Gesetz genau dies berücksichtigt hat.

Meine Damen und Herren, ich darf noch etwas hinzufügen. Wenn man glaubt, zukunftsfähig zu sein: Wir sind es, Sie nicht, denn Sie sind für gestrige Technologien und nicht für neue.

(Beifall bei der SPD)

Das haben Sie vorhin bei der Debatte zum Ausstieg wieder einmal bewiesen. Wir meinen, die Kommunen brauchen das Werkzeug, um selbst bestimmen zu können, wo Großflächenanlagen stehen dürfen. Die größten Nutznießer sind die Landwirte. Sie müssten Rot-Grün die Füße küssen, weil sie nun entscheiden können, auf wie vielen Dächern sie Photovoltaikanlagen installieren. Ich finde es richtig, was die machen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das war aber nicht die Absicht!)

- Doch, natürlich war das die Absicht.

(Unruhe bei der SPD)

- Was regen Sie sich denn so auf? Es sind doch Ihre Bauern, die den Nutzen von unserem Gesetz haben. Sie haben es verteufelt.

(Zuruf von der CSU)

- Dann müssen Sie den Bauernverband fragen, wer zerstört.

Stimmen Sie unserem Antrag zu. Wir werden den Antrag der Fraktion der GRÜNEN ablehnen, weil er letztlich nichts anderes ist als der Verrat daran, was wir selbst einmal beschlossen haben. Wir werden den Antrag der CSU-Fraktion natürlich ablehnen, weil er schädlich ist. Und wir werden uns bei dem Antrag der Fraktion der Freien Wähler der Stimme enthalten, weil der letzte Satz nicht stimmig ist.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Kollege Wörner, wir haben eine Zwischenintervention vom Kollegen Kirschner.

**Ludwig Wörner (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Ja.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Bitte schön.

**Dr. Franz Xaver Kirschner (FDP):** Herr Kollege Wörner, wir sind uns beim Thema Erneuerbare Energien im Prinzip einig. Bei dem speziellen Thema geht es nur um die Abschichtung, um die Höhe und um den Zeitablauf. Wir reden über ungefähr zwei Monate, um das Wort von Herrn Hartmann in den Mund zu nehmen.

Mich irritiert, dass Sie bei dem ansetzen, was damals entschieden worden ist. Das war damals richtig. Aber man muss auch Folgendes erkennen, Herr Wörner. Meine Frage lautet, ob Sie das richtig finden. Ich rede nicht aus der Theorie, sondern aus der täglichen Praxis, weil ich die Bilanzen sehe. Zum Beispiel bekommt ein Investor, der in Grünwald sitzt und 10 Millionen Euro in

Photovoltaikanlagen auf Grünflächen investiert, eine Rendite in Höhe von 15 %, ohne dass er arbeitet, und gleichzeitig haben die Produktionsunternehmen aufgrund des Einsturzes der Wirtschaft heute damit zu kämpfen, überhaupt eine Rendite zu schaffen und ihre vielleicht 500 oder 1.000 Arbeitsplätze zu halten. Hier besteht doch ein totales Missverhältnis.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ein letzter Punkt. Ich kenne mehrere Menschen, die Dächer eindecken - das ist alles in Ordnung -, aber auch solche, die diese Dinger verkaufen; Großunternehmen, die 170 oder 280 Millionen Euro Umsatz machen. Die sagen, der Markt in Deutschland für große Flächen ist ohnehin nicht mehr vorhanden, egal, ob die Kürzung heute oder in sechs Monaten kommt. Deren Aufträge kommen aus Spanien, zukünftig aus Afrika, und sie haben schon heute einen Exportanteil von 80 %.

(Beifall bei der FDP)

**Ludwig Wörner (SPD):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kirschner, natürlich können einem die 15 % ein Dorn im Auge sein. Aber wenn ich die 15 % kappen möchte und damit ein paar tausend Arbeitsplätze in Deutschland vernichte, möchte ich Sie fragen: Was ist Ihnen dann mehr wert, die Arbeitsplätze, die damit zerstört werden, oder die 15 %, die ein einzelner Investor dafür bekommt? - Das müssen Sie für sich entscheiden, nicht ich.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Vielen Dank, Herr Kollege Wörner. Herr Kollege Kirschner, es gibt keine weitere Zwischenbemerkung auf eine Zwischenbemerkung. Ich bitte um Verständnis. Der nächste Redner ist Herr Kollege Thalhammer für die FDP-Fraktion. Bitte schön.

**Tobias Thalhammer (FDP):** Guten Abend. - Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst muss man feststellen, dass Bayern ein kräftiges Wort im Bereich der Energiepolitik mitzureden hat und dass es schon ein bayerischer Erfolg ist, dass die Drosselung der Einspeisevergütung nicht zum 1. April in Kraft getreten ist, sondern erst zum 1. Juli, genauso wie es ein Erfolg von CSU und FDP in Bayern ist, dass der Eigenverbrauch bei der Photovoltaik gestärkt wurde, dass die Absenkung bei Eigenverbrauch milder ausgefallen ist. Es macht Sinn, den Eigenverbrauch zu stärken. Wir streben generell einen langfristigen Vorteil von circa 8 bis 10 % gegenüber den Preisen der großen Energieversorger an.

Im Bereich der Photovoltaik mussten wir einen Spagat der Vernunft vollziehen: Auf der einen Seite müssen wir

den Kunden leistbare Energiepreise gewährleisten. Man muss auch ganz klar und deutlich sagen, dass beispielsweise letztes Jahr 1 % Stromanteil durch Photovoltaik die Stromkunden 3 Milliarden Euro gekostet hat. Egal ob man das gut oder schlecht findet, das gehört zur Wahrheit. Auf der anderen Seite müssen wir sicherstellen, dass die Photovoltaik weitere Entwicklungschancen und eine Zukunft hat, gerade in unserem Sonnenland Bayern.

Unser Diskussionsstand zeigt, meine ich, einen gelungenen Kompromiss auf: Wir haben zwar eine Absenkung der Einspeisevergütung, aber auch günstigere Modulpreise als früher. Ein Rechenbeispiel: Ein Hausbesitzer, der eine komplett fremdfinanzierte Photovoltaikanlage auf dem Dach installiert hat, war nach zehn Jahren beim Break-even angelangt. Die restlichen zehn Jahre macht er Gewinn; bei einer kompletten Eigenfinanzierung sind es circa 8,5 Jahre bis zum Break-even. Dieses Missverhältnis, auf das Herr Kollege Kirschner in Bezug auf Großinvestoren von Freiflächenanlagen hingewiesen hat, kann ich an dieser Stelle auch unterstreichen. Jetzt wären wir bei 39 Cent, hätten wir die Änderung nicht vorgenommen; in Zukunft würden es 33 Cent sein. Da Sie von der Opposition mir wahrscheinlich ohnehin nicht glauben werden, wie ich die Lage für die Zukunft der Photovoltaik einschätze, möchte ich aus dem Fachmagazin PHOTON zitieren:

Wird die Einspeisevergütung auf beispielsweise 30 Cent/kWh gekürzt,

- wir haben jetzt 33 Cent -

würde immer noch eine Rendite von fünf bis neun Prozent erzielt - ungefähr soviel wie heute.

Die Aussage, dass mit der Reduzierung der Einspeisevergütung der Photovoltaik der Garaus gemacht wird, ist also sachlich nicht begründbar.

Lassen sie mich kurz auf das Thema Freiflächen zu sprechen kommen. Nach dem alten EEG, das von Rot-Grün auf den Weg gebracht wurde und das vom Kollegen Wörner vorhin noch gelobt wurde, waren nur Ackerflächen für Freiflächenanlagen zugelassen. Das habe ich überhaupt nicht verstanden. Generell bin ich gegen ein Verbot; denn der Landwirt als Unternehmer sollte selbst entscheiden können, wie er seine Flächen, landwirtschaftlich oder energiewirtschaftlich, nutzt.

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Kollege Thalhammer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Tobias Thalhammer (FDP):** Herr Kollege Hartmann, ich freue mich später auf Sie.

Ein Mittelweg wäre bei der Regelung für die Freiflächen cleverer gewesen. Unser Vorschlag wäre es gewesen, die wertvollen Ackerböden etwas geringer zu vergüten, auch um die Photovoltaik vor einer unsäglichen Diskussion nach dem Motto "Module gegen Lebensmittel" zu schützen. Die Energie darf nicht gegen die Lebensmittelproduktion ausgespielt werden. Natürlich sollten wir auch Grünflächen zulassen. Ich begrüße es sehr, dass die Konversionsflächen aufgenommen werden. Das macht Sinn.

Lassen Sie mich abschließend kurz festhalten: Ich bin ein großer Fan der Photovoltaik, nicht nur, weil ich selbst stolzer Besitzer einer Photovoltaik-Anlage bin. Ich bin auch ein Fan der Photovoltaik, weil sie viele Arbeitsplätze geschaffen hat und die Leute für Energiethemata sensibler macht. Hat man einmal eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach, wird man sensibler für das ganze Thema Energie.

Wir müssen die Leute mitnehmen. Die Photovoltaik bietet dafür Chancen; denn die erneuerbaren Energien leben vom Mitmachen. Im Großen und Ganzen glaube ich, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir haben einen vernünftigen Kompromiss geschlossen. Auf der einen Seite wird es dem Verbraucher ermöglicht, Strom zu vernünftigen Preisen zu beziehen, und auf der anderen Seite können die Photovoltaik-Industrie, das Handwerk und alle, die daran beteiligt sind, weiterleben und sich in Zukunft weiterentwickeln.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Jetzt kommen wir zur Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Hartmann.

**Ludwig Hartmann (GRÜNE):** Eine kurze Zwischenbemerkung zur Frage, wie weit Sie unseren Antrag eigentlich gelesen haben. Keiner hat gesagt, dass wir nicht kürzen möchten. Sie haben gerade in unsere Richtung gezeigt und den Vergleich mit den 30 Cent gebracht. Wir haben in unserem Antrag eine Kürzung, eine Sonderanpassung drin. Wir wollen aber eine Kürzung in mehreren Stufen, um den Bedürfnissen des bayerischen Handwerks gerecht zu werden. Das ist ein Riesenunterschied zu Ihrer Darstellung, dass wir etwas gegen eine Kürzung hätten. So ist es nicht. Wir möchten einen anderen Weg der Kürzung. Der Weg ist entscheidend dafür, wie sich der Markt entwickeln wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Tobias Thalhammer (FDP):** Herr Kollege Hartmann, ich weiß nicht, warum Sie sich angesprochen fühlen, obwohl ich Sie gar nicht angesprochen habe. Vielleicht bellt hier der getroffene Hund. Ich schaue gerne in Ihre Richtung, weil mich Ihre Argumente im Bereich der

Energiepolitik sehr interessieren. Wir sprechen hier von Sachpolitik. Ich habe vorhin gesagt, dass Energiepolitik eine langfristige Politik ist. Deshalb sollten wir die Argumente aller Parteien anhören.

(Beifall bei der FDP)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Herr Staatsminister Zeil, bevor ich Ihnen das Wort erteile, möchte ich mitteilen, dass auf der Tribüne der frühere Kollege und Landtagsabgeordnete, Herr Landrat Christian Knauer aus dem Landkreis Aichach-Friedberg, Platz genommen hat. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich erteile jetzt Herrn Staatsminister Zeil das Wort.

**Staatsminister Martin Zeil (Wirtschaftsministerium):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Debatte hat deutlich gemacht, dass über die Ursachen dafür, dass man sich entschließen musste, die Überförderung zurückzufahren, eine große Einigkeit besteht. Das gilt auch für den Abbau von Übersubventionen. Streit gibt es lediglich über den Weg, das Wieviel und die einzelnen Schritte. Ich möchte zunächst einmal feststellen, dass der von den Koalitionsfraktionen im März 2010 in den Bundestag eingebrachte Gesetzentwurf niemanden überraschen konnte. Dieser Gesetzentwurf war langfristig angekündigt. Die Koalitionsfraktionen haben uns durch ihren Antrag vom 27. Januar den Auftrag erteilt, die Rahmenbedingungen noch weiter zu verbessern.

Wir nehmen - das weiß ich aus eigenen Gesprächen - die Anliegen von Herstellern und Installationsbetrieben sehr ernst. Ihnen geht es in allererster Linie darum, so schnell wie möglich Planungssicherheit zu erhalten. Sie haben durchaus Verständnis für die einzelnen Schritte, sagen aber, dass es für sie ein Problem sei, wenn ständig über unterschiedliche Daten diskutiert werde und sie nicht wüssten, wohin die Reise gehe. Wir konnten es erreichen, dass das Datum 1. April durch den 1. Juli ersetzt worden ist. Über das Thema des Vertrauensschutzes werden wir noch sprechen.

Am 21. April wird im Deutschen Bundestag die Anhörung stattfinden. Wir haben die Zusage, dass danach über den vollständigen Ausschluss von Acker- und Grünflächen diskutiert wird. Die Bayerische Staatsregierung und die bayerische Koalition halten das in dieser Form nicht für richtig. Wir stehen deshalb in einem intensiven Austausch mit den Kollegen im Deutschen Bundestag, um einen Kompromiss für die Ackerflächen zu erreichen und deren Vergütungsfähigkeit zu erhalten.

Meine Damen und Herren, wir sollten uns aber auch darüber im Klaren sein, dass wir das Ziel der Absenkung nicht durch neue bürokratische Überregeln anstreben sollten. Herr Kollege Hartmann, die Fraktion der GRÜNEN hat Trippelschritte vorgeschlagen. Dadurch würde die ohnehin komplizierte Abrechnung der EEG-Vergütung durch die Netzbetreiber vollends zu einem bürokratischen Monstrum. Die Vielzahl von Stichtagen würde zahllose Rechtsstreitigkeiten nach sich ziehen. Ich glaube nicht, dass wir diesem Vorschlag näher treten sollten. Ich bitte Sie deshalb, die Anträge abzulehnen.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Thomas Kreuzer (CSU): Vorsicht! Wir haben auch einen Antrag gestellt!)

**Dritter Vizepräsident Peter Meyer:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Im Vorfeld wurde vereinbart, dass wir über die Anträge einzeln abstimmen.

Zunächst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 16/3254, das ist der Tagesordnungspunkt 11, abstimmen. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt die Ablehnung. Wer dagegen dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der Freien Wähler und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der FDP und der CSU. Stimmenthaltungen? - Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FDP auf der Drucksache 16/3273, das ist der Tagesordnungspunkt 12, abstimmen. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der SPD und der Freien Wähler. Stimmenthaltungen? - Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dem Dringlichkeitsantrag zugestimmt worden.

Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der Freien Wähler auf der Drucksache 16/3277, das ist der Tagesordnungspunkt 13, abstimmen. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt die Ablehnung. Wer dagegen dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und der Freien Wähler. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und des BÜNDNISSES

90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 16/3427, das ist der Tagesordnungspunkt 14, abstimmen. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt wiederum die Ablehnung. Wer dagegen dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und der Freien Wähler. Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Nun lasse ich noch über den gemeinsamen Antrag der FDP-Fraktion mit Abgeordneten der CSU-Fraktion auf der Drucksache 16/3444, das ist der Tagesordnungspunkt 15, abstimmen. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD, der Freien Wähler und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltun-

gen? - Keine. Damit ist diesem Antrag einstimmig zugestimmt worden. Die Tagesordnungspunkte 11 bis 15 sind damit erledigt.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 27 Absatz 2 der Geschäftsordnung noch bekannt, dass der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten gestern Herrn Kollegen Thomas Dechant zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt hat. Herr Dechant tritt als stellvertretender Ausschussvorsitzender die Nachfolge von Frau Dr. Annette Bulfon an, die mit Wirkung vom 10. März 2010 aus dem Europaausschuss ausgeschieden ist. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis. Ich wünsche viel Erfolg bei der Amtsführung.

Meine Damen und Herren, es ist jetzt kurz vor 23.00 Uhr.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich beende die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 21.21 Uhr)